

Tausende betroffen

Eine neue Clearingstelle im Hemshof bietet Menschen ohne Krankenversicherung Hilfe und Beratung an. Die Hürden für eine Rückkehr in den Versicherungsschutz sind hoch.

VON GERHARD BÜHLER

Dem Statistischen Bundesamt zufolge leben in Deutschland 69.000 Personen ohne Krankenversicherung. Fachleute gehen jedoch von weit höheren Zahlen aus. Die Anzahl der hier lebenden Flüchtlinge und Einwanderer ohne geregelten Aufenthaltsstatus und Krankenversicherung ist unbekannt, wird aber auf bis zu 500.000 geschätzt. Die Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe geht zusätzlich von 80.000 Obdachlosen ohne Krankenversicherung aus. „Für Rheinland-Pfalz rechnen wir mit rund 20.000 Menschen ohne Krankenversicherung“, sagen Nele Kleinehanding und Johannes Lauxen von der Clearingstelle Mainz.

Die beiden Mitarbeiter der Beratungsstelle versuchen in ihrer täglichen Arbeit, hilfesuchenden Menschen zu einem Versicherungsschutz und der (Wieder)-Aufnahme in eine gesetzliche oder private Krankenversicherung zu verhelfen. Seit September 2019 wird die Arbeit der Mainzer Clearingstelle durch das Land Rheinland-Pfalz finanziert. Dank der Erhöhung der Landesförderung in 2021 kann die Beratungsarbeit nun auf die Region Ludwigshafen und Worms ausgeweitet werden.

Seit Januar bietet die Ökumenische Fördergemeinschaft (ÖFG) in Ludwigshafen und Worms zusätzliche Anlaufstellen an. In Ludwigshafen ist die neue Clearingstelle beim Projekt „Street Docs“ in der Dessauer Straße im Hemshof angesiedelt. Seit dem Beginn der Street Docs im Jahr 2013 seien hier 4000 Menschen behandelt worden, darunter 60 Prozent ohne Krankenversicherung.

Von Bürokratie überfordert

Es habe dazu auch etwas Beratung gegeben. „Unsere Personalkapazitäten haben aber einfach nicht ausgereicht“, berichtet Walter Münzenberger, Leiter der ÖFG, über das neue Angebot. Dank der Landesförderung gibt es nun eine halbe Stelle gemeinsam



Viele Menschen verzichten auf ärztliche Hilfe, weil sie diese nicht bezahlen können.

ARCHIVFOTO: DPA

für Ludwigshafen und den „Gesundheitsladen“ Worms.

Nina Christahl, die hier ihre Hilfe anbietet, ist beeindruckt von der Vielfalt der Problemlagen. Es meldeten sich bei ihr ältere Menschen, die von der Bürokratie überfordert und von der digitalen Welt abgeschnitten seien. Ehemalige Selbstständige, ausländische Studenten ohne gute Zusatzversicherung oder Eltern, deren Kinder aus der Krankenversicherung herausfallen.

„Eine Mutter macht sich Sorgen um ihren 23-jährigen Sohn, weil seine Familienversicherung endet“, erzählt Christahl. Er habe seine Lehrstelle verloren und offenbar noch keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe. Er müsste sich freiwillig versichern, kann das aber derzeit nicht bezahlen. Ihr Rat habe gelautet, sich beim Jobcenter arbeitssuchend zu melden. Als Hartz-IV-Empfänger sei man krankenversichert, so die Beraterin. „Kein Fall ist gleich, die Situation der einzelnen ist sehr unterschiedlich“, ergänzt Beraterin Kleinehanding.

Das System der deutschen Krankenversicherung sei hochkomplex.

Nun habe die Corona-Krise offenbart, wie lückenhaft es im Grunde sei. Sie kenne Soloselbstständige, die durch den Lockdown ihr Einkommen verloren hätten und die Beiträge für ihre Krankenversicherung nicht mehr bezahlen konnten. In solchen Fällen „ruht“ die Mitgliedschaft, Arztrechnungen werden bestenfalls noch in Notfällen übernommen.

Forderung: Behandlungsfond

Um wieder die normalen Leistungen zu erhalten, müssen den Versicherungsunternehmen fehlende Monatsbeiträge nachgezahlt werden. Für viele Betroffene ohne Job kaum machbar, wissen die Berater der Clearingstelle. Ihre Forderung lautet daher, dass es im Land einen „Behandlungsfonds“ geben müsse, der eine medizinische Behandlung auch in solchen Härtefällen ermöglicht.

NOCH FRAGEN?

Ansprechpartnerin bei der Clearingstelle Ludwigshafen/Worms ist Nina Christahl, Telefon 0621/65050354, E-Mail: christahl@foerdergemeinschaft.de.